

Jordaniens Innenpolitik im Schatten des Islamischen Staates

André Bank

Am 24. Dezember 2014 nahm die Terrororganisation *Islamischer Staat* (IS) den jordanischen Piloten Mu'az Kasasbeh nach dem Absturz seines Kampfflugzeuges unweit der syrischen Stadt Raqqa gefangen. Am 3. Februar 2015 veröffentlichte der IS oben-dreien ein Video von seiner brutalen Ermordung durch Verbrennen. Als Reaktion darauf ließ die jordanische Regierung zwei irakische Jihadisten hinrichten und weitete ihren Kriegseinsatz gegen den IS aus.

Analyse

Die gewaltsame Reaktion der jordanischen Monarchie befriedigte kurzfristig ein Rachebedürfnis und demonstrierte Härte im Kampf gegen den IS. Das Schicksal von Kasasbeh fand großes Mitgefühl in der Bevölkerung und die staatliche Reaktion stieß zunächst auf breite Zustimmung. Dennoch können die drakonischen Maßnahmen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Jordanien beträchtliche Widersprüche zwischen Regierung und Opposition gibt.

- Spätestens seit dem Arabischen Frühling im Jahr 2011 zeigt die jordanische Bevölkerung eine große Unzufriedenheit mit der herrschenden Monarchie. Die neu gegründete Protestbewegung Hirak, die Muslimbrüder (MB) sowie kleinere salafistische Gruppierungen dominieren seitdem die Opposition des Landes.
- Der Aufstieg des IS im Irak und in Syrien wirkte sich auch auf Jordanien aus: Die Strategie des Regimes, die moderaten MB zu schwächen und gleichzeitig salafistische und jihadistische Anführer je nach Anlass zu instrumentalisieren, war nur begrenzt erfolgreich. Viele Jordanier lehnten zudem die militärische Beteiligung an der Anti-IS-Koalition ab.
- Kurze Zeit nach der Veröffentlichung des Videos über die grausame Hinrichtung von Kasasbeh folgte die Bekanntgabe der Aufstockung der US-Finanzhilfe für die jordanische Regierung sowie die Haftentlassung des jihadistischen Vordenkers Abu Muhammad al-Maqdisi.
- All dies unterstreicht die immense Bedeutung der „Causa Kasasbeh“ für die jordanische Politik. Kurzfristig dürfte sie die Monarchie stabilisieren. Mittelfristig wird jedoch entscheidend sein, ob König Abdallah (II) jenseits der Logik des „Krieges gegen den Terror“ grundlegende politische Reformen in Jordanien umsetzen wird. Geschieht dies nicht, sind neue Konflikte mit der Opposition vorprogrammiert.

Schlagwörter: Jordanien, Monarchie, Arabischer Frühling, Muslimbrüder, Salafisten, Islamischer Staat

Der Tod von Kasasbeh – unmittelbare Reaktionen

Die Ermordung des jordanischen Kampfpiloten Mu'az Kasasbeh schockierte die Weltöffentlichkeit. Am 3. Februar 2015 hatte die Terrororganisation *Islamischer Staat* (IS) ein Video im Internet veröffentlicht, das den Todeskampf des in einem Käfig Gefangenen zeigte. Mit der Verbrennung von Kasasbeh bei lebendigem Leib wollte der IS eine maximale Schockwirkung und globale Aufmerksamkeit erreichen. Mit dieser Tötungsart übertraf der IS bei weitem die Brutalität der Enthauptung von Gefangenen. Diese hatte der IS ebenfalls in Videos dokumentiert und sie galten bisher als sein Markenzeichen.

Weltweit reagierten viele Menschen auf das Video vom Tod von Kasasbeh mit Entsetzen, Trauer und Wut. Überall kam es zu Beileidsbekundungen und zu einer breiten Solidarisierung der jordanischen Bevölkerung mit der Familie des Opfers. Auf Trauermärschen und spontanen Kundgebungen versammelten sich Zehntausende, von denen viele Schilder mit der Aufschrift „Wir sind alle Mu'az“ (arab. „Kulluna Mu'az“) in den Händen hielten. Nicht nur im ländlichen, transjordanischen Süden, aus dem der Kampfpilot stammte, sondern auch in anderen Landesteilen war die Anteilnahme groß. Die moderat-islamistischen *Muslimbrüder* (MB) verurteilten die Tat umgehend und umfassend. Ähnlich wie verschiedene religiöse Rechtsgelehrte erklärten sie, dass die Ausrufung des „Islamischen Staates“ an sich sowie die brutale Tötung Kasasbehs der islamischen Tradition widersprechen würden.¹ In die Trauerbekundungen und politischen Abgrenzungen mischten sich aber auch lautstarke Rufe nach Rache und Vergeltung.

Es gelang der Monarchie, sich an die Spitze einer kollektiven Zurschaustellung von jordanischem Nationalismus zu stellen. König Abdallah und die Regierung unter Ministerpräsident Abdallah Nusur beförderten den promonarchischen Nationalismus, indem sie drakonische Maßnahmen gegen die Jihadisten ankündigten. Im Morgengrauen des 4. Februar 2015 – nur wenige Stunden nach der Veröffentlichung des Videos – wurden die beiden jihadistischen Terroristen Sajida Rischawi und Ziyad Karbuli hingerichtet. Rischawi saß seit Ende 2005 in jordanischer Haft. Sie war

eine von vier Attentätern, die am 9. November 2005 im Auftrag von *al-Qa'ida im Irak* (AQI) und dessen Anführer, dem Jordanier Abu Mus'ab az-Zarqawi, bei Anschlägen auf drei Hotels in Amman 57 Menschen getötet hatten. Der zweite Hingerichtete, Ziyad Karbuli, war an der Planung von Terroranschlägen durch AQI in Jordanien beteiligt und ebenfalls zum Tod verurteilt worden. Die Hinrichtung Rischawis und Karbulis befriedigte ein Rachebedürfnis in großen Teilen der jordanischen Bevölkerung – nicht zuletzt auch in der Familie des getöteten Kampfpiloten Kasasbeh. Zudem demonstrierten die Hinrichtungen die Stärke der jordanischen Monarchie gegenüber dem IS. Der IS erklärte seinerseits Rischawi und Karbuli nach ihrer Hinrichtung zu Märtyrern.

Gleichzeitig weitete die jordanische Luftwaffe ihre Luftangriffe gegen Ziele in Raqqa, der inoffiziellen Hauptstadt des IS in Syrien, massiv aus. Unweit der Stadt war das jordanische Kampfflugzeug am 24. Dezember 2014 abgestürzt und der Pilot Mu'az Kasasbeh gefangen genommen worden.² Darüber hinaus gab die jordanische Armeeführung bekannt, dass die Luftwaffe seit dem 6. Februar 2015 zusätzlich IS-Ziele im Irak angreife, nachdem sie bislang als Teil der Anti-IS-Koalition mit den USA, Bahrain, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) ausschließlich in Syrien gekämpft hatte. Dass es sich um eine direkte Vergeltung für die Tötung Kasasbehs handelte, belegt die Namensgebung der Militäroperation als *Operation Märtyrer Mu'az*. Zudem flogen extra einige der zurückkehrenden jordanischen Kampfflugzeuge über das Heimatdorf von Kasasbeh bei Karak.

Die Nachrichten über die Hinrichtung der beiden irakischen Terroristen und die massiven Luftschläge gegen den IS dominierten in den Medien so stark, dass die Bekanntgabe einer Aufstockung der US-Wirtschafts- und -Militärhilfe für Jordanien fast unterging. König Abdallah hatte sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des „Kasasbeh-Videos“ zu entsprechenden Verhandlungen in Washington aufgehalten. Die US-Regierung unter Präsident Barack Obama sagte zu, der jordanischen Regierung für die Jahre 2015 bis 2017 drei Mrd. USD zukommen zu lassen. Seit Beginn des Arabischen Frühlings hatten die Golfstaaten ihre finanzielle Unterstützung deutlich angehoben –

1 Vgl. *Jordan Times* (2015), *Brotherhood, Parties Condemn IS Crime*, 4. Februar.

2 Die genaue Absturzursache ist umstritten: Während der IS behauptet, das Flugzeug abgeschossen zu haben, geht die US-Regierung von einem technischen Defekt aus.

so etwa die im Dezember 2011 bekannt gegebene Finanzhilfe von über fünf Mrd. USD über einen Zeitraum von fünf Jahren. Erst diese finanziellen Zusagen ermöglichen es Jordanien, die kostenintensiven Militäreinsätze durchzuführen. Die finanzielle Abhängigkeit der jordanischen Regierung von den USA und den EU-Staaten einerseits und von den erdölreichen Golfmonarchien andererseits dürfte somit auf absehbare Zeit bestehen bleiben. Eine eigenständige, stärker auf die traditionelle Neutralitätsposition ausgerichtete Außen- und Sicherheitspolitik Jordaniens im Nahen Osten ist nicht zu erwarten.

Insgesamt zeigen die unterschiedlichen Reaktionen der verschiedenen Gruppierungen auf die Ermordung Kasasbeh, wie dessen Causa derzeit die jordanische Innenpolitik prägt und auch in nächster Zeit prägen dürfte. Angemessener einordnen lassen sich diese aktuellen Entwicklungen, wenn man sie in den breiteren politischen und gesellschaftlichen Kontext Jordaniens seit Beginn des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 einbettet.

Der Arabische Frühling in Jordanien und die politische Opposition

Der Arabische Frühling hat in Jordanien zwar nicht zu einem grundlegenden Wandel des autoritären Regimes geführt (Bank, Richter und Sunik 2014: 168-171). Die vielfältigen Proteste – Sean Yom (2015: 2) zählt für den Zeitraum von Januar 2011 bis August 2013 über 8.000 Kundgebungen, Märsche und Streiks – haben jedoch ein immenses, so bis dato unbekanntes Maß an offener Artikulation von Unzufriedenheit in verschiedenen Teilen der Gesellschaft offenbart. Seit Beginn des Arabischen Frühlings dominieren drei Akteursgruppen die oppositionelle Landschaft: die transjordanischen HIRAK (arabisch für „Bewegungen“), die moderat-islamistischen MB sowie verschiedene salafistische Gruppierungen.

Die HIRAK sind in der Frühphase des Arabischen Frühlings als neue Oppositionskraft entstanden. Inspiriert von der Massenmobilisierung in Tunesien und in Ägypten gründeten auch in Jordanien circa vierzig lokale politische Initiativen einen größeren Zusammenschluss. Die HIRAK-Aktivisten entstammen dem ländlichen Raum, sind gut gebildet, oft säkular eingestellt und gehören typischerweise einer der alteingesessenen transjordanischen Großfamilien an. Viele von ihnen fühlten sich des-

halb gegenüber den Palästinaflüchtlingen, die in Folge der Nahostkriege von 1948 und 1967 ins Land gekommen waren, überlegen, obwohl die Transjordanier zahlenmäßig mit circa 30 bis 40 Prozent der Gesamtbevölkerung eine Minderheit darstellen. Die Transjordanier bildeten historisch das Rückgrat der haschemitischen Monarchie, insbesondere über die beiden Aufstiegskanäle Militär und Staatsbürokratie. Dennoch kam es seit Ende der 1980er Jahre in ihren Siedlungsgebieten, insbesondere in den Kleinstädten Karak, Ma'an und Tafileh, immer wieder zu gewaltsamen Protesten. Zumeist forderten diese „Benzin-“ oder „Brotunruhen“ die Rücknahme der Kürzung staatlicher Wohlfahrtsleistungen und Subventionen. Mit der partiellen Wiedereingliederung dieser Gemeinschaften in die staatlichen Verteilungsnetzwerke, verbunden mit selektiver Repression und königlicher Symbolpolitik, gelang es der Monarchie jedoch, diese lokalen Unruhen schnell wieder zu beenden.

Vor diesem Hintergrund sind die HIRAK seit 2011 als ein wirkliches Novum in der jordanischen Politik anzusehen. Ihre Anhänger kommen zwar aus dem transjordanischen Teil der Gesellschaft, dennoch sind ihre Forderungen primär nicht lokaler und sozioökonomischer Natur. Vielmehr vertreten die HIRAK-Aktivisten nationale und genuin politische Belange: die Beschränkung der Machtkompetenzen des Königs, die Etablierung eines fairen, demokratischen Wahlsystems sowie die umfassende Bekämpfung der grassierenden Korruption. Neben diesen substanziellen Reformanliegen unterscheiden sich die HIRAK von früheren transjordanischen Protestbewegungen darin, dass sie nicht antipalästinensisch eingestellt sind. So gelang ihnen auch erstmals situativ ein Brückenschlag zu den kleineren, urbanen und oft von Palästinensern dominierten Jugendbewegungen. Insgesamt übten die HIRAK großen Einfluss auf die Protestdynamik in den Jahren 2011 und 2012 aus. Im Verlauf der Jahre 2013 und 2014 ist dieser Einfluss vor allem aufgrund der deutlich zunehmenden Regimerepression, die in der Verhaftung Dutzender HIRAK-Anführer mündete, merklich zurückgegangen. Die von der HIRAK vertretenen neuen Formen politischer Opposition im traditionellen Kernland der haschemitischen Monarchie dürften aber trotz dieser Einschränkungen nicht gänzlich verschwinden.

Die MB und ihre politische Partei, die Islamische Aktionsfront (IAF), stellen die größte Oppositionsbewegung in Jordanien dar. In

den 1940er Jahren als jordanisch-palästinensischer Ableger der internationalen Muslimbruderschaft entstanden, war die moderat-islamistische Bewegung bis in die 1980er Jahre ein wichtiger Partner der Monarchie. Es gelang den MB, über ihren sozial-karitativen Sektor und die Bildungspolitik eine Massenbasis in den städtischen Unter- und Mittelschichten zu rekrutieren. Die MB dominieren außerdem traditionell die Berufsvereinigungen, etwa der Ärzte und Ingenieure, und haben einen starken Einfluss in den Studentenvertretungen. Zeitweilig profitierten sie von der partiellen politischen Öffnung in Jordanien Ende der 1980er Jahre: Bei den Parlamentswahlen 1989 verfehlten sie als die einzige gut organisierte Kraft überraschend knapp die Mehrheit der Sitze. Angesichts ihrer deutlichen Kritik an den Madrider und Osloer Friedensverhandlungen, die 1994 in den jordanisch-israelischen Friedensvertrag münden sollten, initiierte der damalige König Hussein jedoch eine massive Eindämmungspolitik: Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1993 setzte er ein neues Wahlgesetz durch, das die Bedeutung von Familienloyalität entscheidend stärkte und zusammen mit einer Neueinteilung der Wahlkreise die palästinensisch dominierten MB-Hochburgen Amman und Zarqa dagegen deutlich schwächte. Seit 1993 sind die Einflussmöglichkeiten der MB im formellen politischen Prozess in Jordanien stark eingeschränkt. Auf den Boykott der Parlamentswahlen von 1997 folgte die nochmalige, aus Sicht der MB enttäuschende Teilnahme an den Wahlen von 2003 sowie die abermaligen Wahlboykotte von 2007 und 2010 (Bank 2010: 2 ff.). Auch unter König Abdallah, der seit 1999 herrscht, kam es folglich nicht zur Annäherung zwischen der Regierung und den MB. So hat etwa das Wahlgesetz, das die MB diskriminierte, mit lediglich leichten Modifikationen weiter Bestand.

Seit Beginn des Arabischen Frühlings sind die jordanischen MB und die IAF durch Flügelkämpfe zwischen programmatischen Pragmatikern und prinzipientreuen Kritikern der Monarchie geschwächt. Hinzu kommt, dass ihre regionalpolitischen Verbündeten – die MB in Ägypten und Syrien sowie die palästinensische Hamas – spätestens seit 2013 stark marginalisiert sind. Dies schränkt ihren politischen Bewegungsspielraum weiter ein. Der Arabische Frühling wurde in Jordanien zwar von den Hirkak und kleineren, urbanen Jugendbewegungen initiiert, bereits ab Februar 2011 versuchten sich MB und IAF jedoch an die

Spitze der Proteste zu setzen. Dies misslang ihnen, da es nur wenige inhaltliche und „lebensweltliche“ Überschneidungen mit den deutlich jüngeren und oft säkularen Aktivisten gab. Gleichzeitig versuchte die jordanische Regierung Anfang 2011, erstmals seit den 1990er Jahren, die moderaten Islamisten über die Vergabe einzelner Ministerposten wieder direkt an das autoritäre Regime anzubinden. Zwar scheiterte dieser Versuch, da die minimalen politischen Reformen der Regierung wie die Kabinettsumbildung vom Februar 2011 und die kosmetische Verfassungsreform vom August 2011 bei weitem nicht den substanziellen Forderungen von MB und IAF genügten. Innerhalb der moderat-islamistischen Opposition entbrannte allerdings eine Debatte über ihren künftigen politischen Kurs: Zunächst setzte sich dabei die Führungsspitze unter Hammam Said und Zaki Bani Irschaid, die den konfrontativeren Falken angehören, mit ihrer Entscheidung eines nochmaligen Boykotts der Parlamentswahlen vom Januar 2013 durch (Bank und Sunik 2014). In Folge dieser Machtdemonstration der jordanischen Falken sowie des Militärputsches gegen den ägyptischen Präsidenten, den verbündeten Muslimbruder Muhammad Mursi, im Juli 2013 initiierten drei prominente Vertreter der sogenannten Tauben innerhalb der MB – Irhayel Gharaibeh, Nabil Kofahi und Jamil Duhaisat – im Oktober 2013 die *Zamzam-Initiative*. In ihr setzten sie sich für graduelle Reformen und eine Zusammenarbeit der MB mit der Regierung ein. Die Führungsspitze der MB lehnte die Zamzam-Initiative jedoch als Versuch der unrechtmäßigen Machtübernahme ab. Die drei Initiatoren wurden zunächst im April 2014 in einem internen Schiedsgerichtsverfahren ihrer Ämter in der Bewegung enthoben, später jedoch wieder aufgenommen. Im Juli 2014 präsentierte die IAF erstmals in ihrer Geschichte ein detailliertes Wirtschaftsprogramm, das von einer die beiden Flügel übergreifenden Technokraten-Kommission aufgestellt worden war und umfassende wirtschaftspolitische Reformschritte herausarbeitete.

Salafistische und jihadistische Gruppierungen sind die dritte einflussreiche Oppositionsbewegung. Diesen Vertretern einer puritanischen Form des sunnitischen Islams, die eine buchstabengetreue Auslegung von Koran und Sunna betreiben, gehören in Jordanien vermutlich 8.000 bis 15.000 Anhänger an (EIU 2014: 25). Entstanden in den 1970er Jahren, ist das Gros der Salafisten in Jordanien bis heute vorwiegend in informel-

len Studienzirkeln und kleineren, persönlichen Netzwerken organisiert. Sie rekrutieren sich meistens im Umfeld bestimmter Moscheen und wurden bislang auch in Teilen von Saudi-Arabien unterstützt (Wiktorowicz 2000). Hieraus erklärt sich zugleich die starke Fragmentierung des salafistischen Spektrums sowohl in räumlicher als auch ideologischer Hinsicht (Abu Rumman und Abu Hanieh 2009). Die Industriestadt Zarqa und bestimmte Stadtteile und Vororte Ammans im Norden sowie das transjordanisch-konservative Ma'an im Süden gehören zu ihren Hochburgen. Ideologisch lässt sich die Mehrzahl der salafistischen Gruppierungen in Jordanien der quietistischen Richtung zuordnen. Dem gegenüber steht eine seit den 2000er Jahren wachsende Minderheit von einigen tausend jihadistischen Salafisten, die offen politisch militant auftreten und zur Anwendung von Gewalt aufrufen (Abu Rumman und Abu Hanieh 2009). Der prominenteste Anführer dieser Richtung ist Abu Muhammad al-Maqdisi, dessen bürgerlicher Name Isam al-Barqawi lautet und der im armen Ammaner Vorort Rusaifa lebt. Al-Maqdisi hat einflussreiche Schriften verfasst und wird weit über Jordanien hinaus als Autorität im jihadistischen Spektrum angesehen (Wagemakers 2012). Er gilt als einer der Vordenker von al-Qa'ida und als vormaliger „Spiritus Rector“ des jordanischen Terroristen Abu Mus'ab az-Zarqawi, der bis zu seinem Tod im Juni 2006 der Anführer von al-Qa'ida im Irak war. Im Verlauf des irakischen Bürgerkrieges wandte sich al-Maqdisi gegen az-Zarqawi und dessen brutale Tötung von Zivilisten.

Im Kontext des Arabischen Frühlings traten die jihadistischen Salafisten nur selten in Jordanien in Erscheinung. Auf eine prominente Machtdemonstration in Zarqa im April 2011 hin folgten kleinere Scharmützel mit staatlichen Sicherheitskräften in Salt und Ma'an. An letzteren soll auch der lokale jihadistische Anführer Muhammad Shalabi – besser bekannt als Abu Sayyaf – beteiligt gewesen sein, der bereits durch seine Rolle bei den Aufständen in Ma'an im Vorfeld des Irakkrieges im November 2002 jordanienweit eine gewisse Berühmtheit erlangt hatte. Ein wichtigeres Betätigungsfeld fanden die jihadistischen Salafisten aus Jordanien im Syrienkrieg: Im Jahr 2014 sollen unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 1.500 und 2.000 Jordanier für jihadistische Organisationen in Syrien gekämpft haben (EIU 2014: 25, 27). Damit stellt Jordanien

nach Saudi-Arabien und Tunesien das drittgrößte Kontingent ausländischer Kämpfer. Die meisten Jordanier sollen dabei auf Seiten der Nusra-Front kämpfen, dem syrischen Ableger von al-Qa'ida, lediglich eine Minderheit beim IS.

Insgesamt hat sich im Arabischen Frühling in Jordanien eine große Unzufriedenheit in weiten Teilen der Gesellschaft manifestiert. Nicht nur die moderaten Islamisten der MB und IAF fühlen sich durch die autoritäre Monarchie unter König Abdallah von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Auch im salafistischen Spektrum des Islamismus gärt die Unzufriedenheit. Gewaltbereite jihadistische Salafisten tragen ihren Unmut derzeit noch im bewaffneten Kampf in Syrien aus, aber mit ihrer Rückkehr aus Syrien könnte sich dies schnell ändern. Das neue Phänomen der Hirak signalisiert schließlich, dass es auch innerhalb der traditionellen Unterstützerbasis der Haschemiten in den ländlichen Gebieten ein gehöriges Maß an Frustration sowie neue Formen der politischen Artikulation gibt. Allerdings fehlen derzeit gemeinsame Konzepte für eine grundlegende politische Alternative zur haschemitischen Monarchie, was die Opposition in Jordanien als fragmentiert und letztlich schwach erscheinen lässt.

Der Aufstieg des IS und Auswirkungen auf Jordanien

Der Aufstieg des *Islamischen Staates im Irak und in der Levante* (ISIL), der sich seit Juni 2014 nur noch *Islamischer Staat* (IS) nennt und der zeitgleich ein Kalifat unter Abu Bakr al-Baghdadi ausrief (Rosiny 2014), forderte im Jahr 2014 auch die jordanische Monarchie heraus. Als Nachfolgeorganisation von al-Qa'ida im Irak weitete der IS das von ihm kontrollierte Gebiet im Frühsommer 2014 innerhalb weniger Wochen von der irakischen Anbar-Provinz in den Norden bis zur Millionenstadt Mosul und in den Westen bis zur irakisch-jordanischen Grenze aus. Zudem gelang es ihm, in Windeseile weite Teile des Nordostens von Syrien zu erobern und im Nachgang politisch-administrativ zu kontrollieren. Die syrische Stadt Raqqa am Euphrat wurde als inoffizielle Hauptstadt des IS Syrien etabliert. Zu diesem Zeitpunkt kontrollierte der IS ein Gebiet, das ungefähr der Größe Jordaniens entsprach.

Auf den rapiden Vormarsch des IS im Frühsommer 2014 reagierte die jordanische Regierung

in erster Linie mit einer Strategie der militärischen Absicherung. Sie baute die Grenzposten zum Irak massiv aus und verstärkte diese mit zusätzlichen Kräften, um einen möglichen Angriff des IS zu verhindern. Der IS hatte zuvor bereits die syrisch-irakischen Grenzanlagen als Zeichen der Künstlichkeit der imperialen Territorialordnung im Nahen Osten eingerissen. Zugleich ging der jordanische Geheimdienst massiv gegen jihadistische Salafisten im eigenen Land vor: Hunderte jordanische Salafisten wurden im ganzen Land verhaftet, nachdem bei einer Demonstration im süd-jordanischen Ma'an im Juni 2014 einige Dutzend IS-Sympathisanten dessen schwarze Fahne geschwenkt hatten. Darüber hinaus verstärkte die jordanische Regierung die Präsenz von Sicherheitskräften und Armee um die beiden Flüchtlingslager in Za'tari und Azraq, in den nord-jordanischen Städten Irbid, Mafraq und Ramtha sowie in bestimmten Stadtteilen von Amman und Zarqa, in denen die Mehrzahl der circa 800.000 syrischen Flüchtlinge lebt. Allerdings scheint der IS gerade in der großen syrischen Exilgemeinschaft in Jordanien keinerlei Sympathien zu genießen. Für die immer wieder zu hörenden Mutmaßungen, dass unter den Syrern in Jordanien terroristische Schläfer-Zellen des IS existieren, gibt es bislang keine Belege.

Über ihre sicherheitspolitische Strategie gegen die vermeintliche externe Bedrohung durch den IS hinaus gewährte die jordanische Regierung innenpolitisch ausgewählten Vertretern des jihadistischen Salafismus, die ihrerseits als Kritiker des IS bekannt sind, ein öffentliches Forum. Zunächst wurde Abu Muhammad al-Maqdisi am 16. Mai 2014 nach fünfjähriger Haft freigelassen. Er bezog im Folgenden deutlich Position gegen die Ausrufung des Kalifats unter dem IS-Anführer al-Baghdadi. Des Weiteren kehrte der 1998 in Jordanien zum Tod verurteilte Jihadist Abu Qatada nach einem Jahrzehnt des juristischen Tauziehens zwischen britischen und jordanischen Behörden ins Haschemitische Königreich zurück. Bereits während seines erneuten Prozesses geißelte Abu Qatada die Hybris des IS. Vom Vorwurf, der Drahtzieher terroristischer Anschläge in Jordanien gewesen zu sein, wurde er letztlich im September 2014 offiziell aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Da sich schließlich auch Abu Sayyaf öffentlich gegen den IS wandte und stattdessen für die Nusra-Front Partei ergriff, waren im Sommer 2014 erstmals die drei bekanntesten

Repräsentanten des jihadistischen Salafismus in Jordanien auf freiem Fuß. Dieser „kalte Frieden“ zwischen jordanischer Monarchie und prominenten Jihadisten hatte jedoch nicht lange Bestand. Mit Beginn der Luftangriffe der Anti-IS-Koalition im August 2014 wandelte sich die Haltung der Letzteren erneut deutlich. Al-Maqdisi und Abu Qatada kritisierten nun Jordaniens Beteiligung an der von den USA und Saudi-Arabien angeführten „Kreuzfahrer-Koalition“ gegen die „muslimischen Brüder und Schwestern“ in Syrien ebenso wie die Präsenz mehrerer tausend in Jordanien stationierter US-Militärberater. Daraufhin wurden im Oktober 2014 al-Maqdisi und Abu Qatada abermals verhaftet.

Das Regime zog gleichzeitig die Zügel gegen die MB an. Am 20. November 2014 hatte der stellvertretende Vorsitzende der moderaten MB, Zaki Bani Irschaid, einen Facebook-Eintrag veröffentlicht. Darin kritisierte er die VAE dafür, dass sie die jordanischen Muslimbrüder als „terroristische Gruppe“ einstufte. Er wurde daraufhin unter dem neuen, deutlich verschärften Anti-Terrorismus-Gesetz vom April 2014 angeklagt und muss sich vor dem für seine besonders strengen Urteile bekannten Staatssicherheitsgericht in Amman verantworten. Dieses harsche Vorgehen der Regierung gegen die MB ist nicht nur innenpolitisch motiviert. Es steht gleichfalls im größeren regionalpolitischen Zusammenhang der zunehmenden Abhängigkeit des Landes von den finanzstarken Golfmonarchien. Saudi-Arabien und die VAE befördern so seit Beginn des Arabischen Frühlings die politische Marginalisierung der MB in der Region, insbesondere in Ägypten, Syrien sowie in den Palästinensischen Gebieten (Hamas).

Die jordanische Monarchie begegnete also der Bedrohung durch die Ausbreitung des IS im Irak und in Syrien mit einer Strategie militärischer Härte und interner Repression. Gleichzeitig versuchte sie, die Anführer des jihadistischen Salafismus für die eigenen Zwecke einzuspannen. Auch wenn es in Jordanien im Jahr 2014 weder zu einem Terroranschlag noch zu größeren Solidaritätsbekundungen für den IS kam, war die Strategie des Regimes nicht wirklich erfolgreich. Die islamistische Opposition in all ihren Spielarten wandte sich bis dahin gegen die militärische Beteiligung Jordaniens in der Anti-IS-Koalition in Syrien und Irak. Zumindest bis zur Veröffentlichung des Videos zum Tod von Kasasbeh war die Mehrheit der jordanischen

Bevölkerung nicht davon überzeugt, dass ein Kriegseinsatz gegen den IS sinnvoll sei.

Wie weiter in Jordanien?

Die Veröffentlichung des martialischen Videos vom Tod des Kampfpiloten Mu'az Kasasbeh hat die jordanische Bevölkerung in Trauer und Wut zusammengebracht. Der durch die Brutalität des Todes ausgelöste „rally around the flag“-Effekt hat einen jenseits aller gesellschaftlichen Trennlinien existierenden jordanischen Nationalismus bestärkt. Die jordanische Beteiligung am Kampfeinsatz der Anti-IS-Koalition erfährt seitdem hohe Zustimmung. Kurzfristig dürfte dies die autoritäre Monarchie unter König Abdallah stabilisieren.

Seit der Veröffentlichung des Videos über den Tod von Kasasbeh wiederholt die jordanische Regierung in gewisser Weise ihr Vorgehen zu Zeiten des IS-Aufstiegs vom Frühsommer 2014. Neben der Hinrichtung von Rischawi und Karbuli zur schnellen Befriedigung von Rachebedürfnissen innerhalb der Bevölkerung setzt die Regierung wieder auf eine ideologische Instrumentalisierung jihadistischer Theologen: Am 5. Februar 2015 wurde der gerade erst im Oktober 2014 verhaftete Abu Muhammad al-Maqdisi wieder freigelassen. Auch wenn er sich daraufhin erwartungsgemäß vom IS distanzierte und die Ermordung Kasasbehs durch Verbrennen bei lebendigem Leibe als unislamisch verurteilte, bleibt abzuwarten, wie lange er die ihm von den jordanischen Autoritäten zuge dachte Rolle als jihadistische, aber IS-kritische religiöse Autorität spielen wird.

Jenseits solcher kurzfristigen und kurzsichtigen Sofortmaßnahmen wäre es notwendig, dass die Monarchie die große Unzufriedenheit weiter Teile der Gesellschaft mit dem autoritären Status Quo ernst nimmt. Gerade die jüngeren oppositionellen Aktivisten der Hirak, der kleineren urbanen Jugendbewegungen und der MB sind frustriert und könnten sich in Teilen radikalisieren. Dabei waren sie es, die am Deutlichsten auf die drei zentralen Strukturprobleme Jordaniens hingewiesen hatten: die immense Machtkonzentration beim König, das ungerechte Wahlgesetz und die weitverbreitete Korruption. Anstatt nachhaltige Strukturreformen zur Behebung dieser Probleme glaubhaft anzugehen, ordnet die jordanische Regierung derzeit alles einer Art „Krieg gegen den Terror 2.0“ im Kampf gegen den IS unter. Damit

können dann zwar möglicherweise jihadistische Terroranschläge verhindert werden. Die drohenden „bleiernen Jahre“ dürften jedoch mittelfristig neue politische Konflikte mit der gemäßigten Opposition hervorbringen.

Literatur

- AbuRumman, Mohammad, und Hassan Abu Hanieh (2009), *The Jihadi Salafist Movement in Jordan after Zarqawi: Identity, Leadership Crisis and Obscured Vision*, Amman: Friedrich-Ebert- Stiftung.
- Al-Naimat, Tariq (2014), *Zamzam and the Jordanian Brotherhood*, in: *Sada, Carnegie Endowment for International Peace*, 4. Februar, online: <<http://carnegieendowment.org/sada/2014/02/04/zamzam-and-jordanian-brotherhood/h03b>> (9. Februar 2015).
- Economic Intelligence Unit (EIU) (2014), *Country Report Jordan*, London: EIU.
- Martínez, José Ciro (2014), *Jordan's Brotherhood Bets on Economic Plan to Improve its Image*, in: *Al-Monitor*, 13. Juli, online: <www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/07/jordan-iaf-muslim-brotherhood-economic-plan-zamzam.html#> (9. Februar 2015).
- Wagemakers, Joas (2012), *A Quietist Jihadi. The Ideology and Influence of Abu Muhammad al-Maqdisi*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wiktorowicz, Quintan (2000), *The Salafi Movement in Jordan*, in: *International Journal of Middle East Studies*, 32, 219-240.
- Yom, Sean L. (2015), *The New Landscape of Jordanian Politics: Social Opposition, Fiscal Crisis, and the Arab Spring*, in: *British Journal of Middle Eastern Studies*, i. E.
- Yom, Sean L. (2014), *Tribal Politics in Contemporary Jordan: The Case of the Hirak Movement*, in: *Middle East Journal*, 68, 1, 229-247.

■ Der Autor

Dr. André Bank ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Autoritarismus und politische Transformation sowie Kriegs- und Friedensprozesse im Nahen Osten.

<andre.bank@giga-hamburg.de>, <www.giga-hamburg.de/de/team/bank>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ analysiert das internationale Forschungsnetzwerk IDCAR die Formen der internationalen Diffusion und Kooperation autoritärer Regime weltweit. Im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ ist das DFG-geförderte und von Henner Fürtig und Annette Ranko geleitete Forschungsprojekt „From Quietism to Politics: Dynamics of Egyptian and Transnational Salafism“ angesiedelt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André (2010), *Wahlen in Jordanien: Islamistischer Boykott und autoritäre Kontinuität*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost>.

Bank, André, Thomas Richter und Anna Sunik (2014), *Durable, Yet Different: Monarchies in the Arab Spring*, in: *Journal of Arabian Studies*, 4, 2, 163-179.

Bank, André, und Anna Sunik (2014), *Parliamentary Elections in Jordan, 23 January 2013*, in: *Electoral Studies*, 34, 367-379.

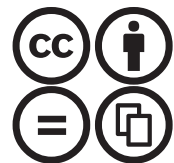
Kovacs, Amanda (2014), *Saudi-Arabiens salafistischer Bildungsexport radikalisiert Indonesiens Muslime*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost>.

Pellicer, Miquel, und Eva Wegner (2014), *Wer wählt islamistische Parteien und warum?*, GIGA Focus Nahost, 8, online: <www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2014), *„Des Kalifen neue Kleider“: Der Islamische Staat in Irak und Syrien*, GIGA Focus Nahost, 6, online: <www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/nahost>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Stephan Rosiny; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Silvia Bücke;

Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM